Bauern: Maßnahmen gegen „Problemwölfe“ – AZ vom 29.04.2023

Bauern: Maßnahmen gegen „Problemwölfe“

Gipfel in Berlin: Absenkung des Schutzstatus gefordert

Berlin/München. (epd) In der Debatte um eine Regulierung des Wolfsbestandes in Deutschland fordert der Deutsche Bauernverband (DBV) unbürokratische Möglichkeiten, sogenannte Problemwölfe zu fangen oder zu töten. Zudem müssten wolfsfreie Gebiete ausgewiesen werden, sagte der Umweltbeauftragte des Bauernverbandes, Eberhard Hartelt, am Freitag in Berlin. In Richtung Europäischer Union forderte er eine Absenkung des Schutzstatus des Wolfes. Auch müssten Entnahmequoten festgelegt und dazu das Bundesjagdgesetz geändert werden.

Der Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (Nabu), Jörg-Andreas Krüger, betonte in der Podiumsdiskussion zum Tag des Wolfes (30. April), die Aufnahme der Tierart in das Jagdgesetz und die Festlegung einer Abschussquote werde die Verluste bei Weidetieren nicht verringern. Dabei verwies er unter anderem auf das Wolfsmanagement in Frankreich. Hier würden jährlich etliche Wölfe offiziell geschossen. Dennoch sei die Zahl der Nutztierrisse in Frankreich um ein Vielfaches höher. Während in Deutschland laut Nabu statistisch zwei bis drei Nutztierrisse pro Wolf und Jahr gezählt werden, seien es in Frankreich 18 Risse pro Wolf und Jahr.

Der Bauernverband verwies auf einen „ungebremst wachsenden Wolfsbestand“ und geht von aktuell mehr als 2000 Tieren in Deutschland aus. Damit seien ein günstiger Erhaltungszustand und die Grundlage für ein sogenanntes Bestandsmanagement erreicht, sagte der Umweltbeauftragte Hartelt.

Die Diskussionen um den Wolf nehmen kein Ende. Symbolbild: Lino Mirgeler/dpa

2021 seien 3374 Weidetiere durch Wölfe gerissen, verletzt oder auch vermisst worden. Bei den Forderungen des Bauernverbandes gehe es nicht um Ausrottung, sondern um Regulierung des Bestandes.

Der Bundestag hatte am Mittwoch zwei Oppositionsanträge zum Wolfsbestand abgelehnt. Die CDU/CSU-Fraktion forderte unter anderem eine Änderung des Bundesjagdgesetzes, das die Aufnahme des Wolfes in den Katalog der jagdbaren Arten vorsieht.

Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber (CSU) warnte in der Diskussion vor einem weiteren Zuwachs der Wolfspopulation von 30 bis 40 Prozent pro Jahr. Der Wolfsbeauftragte des Landesbauernverbandes Brandenburg, Jens Schreinicke, betonte, der Wolf sei keine bedrohte Tierart mehr.